

Schooling for Community: Schule und Stadtteil als Orte der Integration. Erstes schulethnographi- sches Forschungsprojekt am GEI

Susanne Schwalgin

Die Integration von Einwanderern und deren Nachkommen steht an oberster Stelle der politischen und sozialen Agenda in den Einwanderungsgesellschaften Europas und Nordamerikas. Über Integrationskonzepte, politische Programme sowie über die rechtliche und soziale Verfasstheit von Institutionen wird nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft zum Teil heftig gestritten. Dabei stehen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen im Zentrum der öffentlichen Debatte.

In Deutschland haben vor allem der sogenannte Pisa-Schock, aber auch der Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, in diesem Jahr sowie eine Reihe von in den Medien skandalisierten Vorfällen an Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund die Frage aufgeworfen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln die Schule ihrer Rolle als zentrale Institution im Integrationsprozess gerecht werden kann. Sie rückt dabei immer stärker als der gesellschaftliche Ort in den Vordergrund, von dem Problemlösungen für eine als gescheitert wahrgenommene Integration von Migranten erwartet werden.

Ein integrationspolitisch zunehmend favorisiertes Instrument zielt auf die verstärkte Öffnung und Einbettung der Schule in ihr sozialräumliches Umfeld durch Vernetzung mit einem breiten Spektrum von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Damit verbunden ist eine Reorganisation von Schule als zentrale staatliche »Integrationsagentur«. Diese Rolle unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht von der bisherigen Definition von Schule als gesellschaftspolitischem Ort und als Bildungsinstitution. Integrative Maßnahmen, die bislang außerhalb der Schule, z.B. im Bereich der Berufsförderung, der Jugendhilfe und -arbeit und der sozialen Stadtentwicklung, angesiedelt waren, sollen zunehmend in die schulische Arbeit integriert werden. Dies hat zum einen eine Erweiterung des Aufgabenspektrums von Lehrkräften und zum anderen eine Vergrößerung des Kreises der an der schulischen Arbeit beteiligten Akteure zur Folge. Gleichzeitig sollen in die von der Schule ausgehenden integrativen Maßnahmen auch andere Akteure des sozialräumlichen Umfeldes einbezogen werden, vor allem die Eltern, aber auch andere Gruppen aus dem Stadtteil oder der Gemeinde. Die Schule soll auf diese Weise zu einem für das jeweilige sozialräumliche Umfeld zentralen Lern- und Bildungsort im Sinne eines interkulturellen Stadtteilzentrums werden. Damit verändern sich auch die Anforderungen an das Selbstverständnis von Schulen und Lehrkräften.

Die Annahme, dass die Vernetzung von Schulen mit dem Umfeld die Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit von Kindern mit Migrationshintergrund fördern kann, ist historisch betrachtet nichts Neues. Im Jahr 1979 wurde das erste integrationspolitische Grundsatzpapier der Bundesrepublik Deutschland, das sogenannte Kühn-Memorandum, veröffentlicht. Auch noch nach fast 30 Jahren ist es im Hinblick auf die dort formulierten integrationspolitischen Ziele und Maßnahmen von bemerkenswerter Aktualität. Unter anderem mahnte Kühn für den Bildungsbereich eine erhebliche Intensivierung und Förderung zivilgesellschaftlich initiiertter Ergänzungsmaßnahmen an, deren Umsetzung gleichermaßen von Schule, Elternhaus und anderen Bildungsträgern realisiert werden sollte.

Trotz dieser Kontinuitäten kann bezweifelt werden, dass Kühn die zentrale Bedeutung, die der Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im aktuellen Integrations- und Bildungsmanagement zukommt, voraussehen konnte. So gibt es heute kaum eine bedeutende gesellschaftspolitische Stiftung, die schulische Bildung und Integration nicht zu ihren Handlungsfeldern zählt und auf unterschiedlichen Ebenen gestaltend und fördernd unterstützt, wie z.B. die Bertelsmann Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Körber Stiftung, die Hertie Stiftung, die Vodafone Stiftung, um nur einige zu nennen. Darüber hinaus haben Gründungen und Aktivitäten von

Migrant*innenorganisationen, auch im Bildungsbereich, in den letzten Jahren erheblich zugenommen (wie z.B. meist entlang ethnischer Trennlinien organisierte Elternvereine, Mentoring-Initiativen unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure, Projekte zu niedrigschwelliger und zugehender Elternarbeit von Migrant*innen für Migrant*innen). Dies hängt unter anderem auch damit zusammen, dass zivilgesellschaftliches Engagement und Partizipation im Bildungsbereich gerade auch von Migrant*innen zu den Förderzielen kommunaler integrationspolitischer Konzepte gehören. Sie werden im Rahmen von Programmen für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf wie dem Bund-Länderprogramm Soziale Stadt und der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Initiative »Lokales Kapital für soziale Zwecke« auch gezielt finanziell unterstützt.

Die aktuellen Entwicklungen können als Symptom eines weit reichenden sozialpolitischen Wandels vom so genannten fürsorglichen zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat gewertet werden. In der Konsequenz sind damit folgenreiche Veränderungen der Verortung von Schule im Spannungsfeld zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Familie verbunden. Deutlich werden diese Veränderungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen an der Definition dessen, was noch oder nicht mehr als Aufgabe des Staates wahrgenommen wird. Auch in der Bildungs- und Integrationspolitik zeichnet sich

für die Schulen dieser Paradigmenwechsel ab.

Empirische Forschungen, die diese Konzepte in die Mikroebene der schulischen Praxis übersetzen, liegen gegenwärtig noch kaum vor. Hier setzt das 2007 begonnene Forschungsprojekt mit einer schulethnographischen Untersuchung an.

Regional konzentriert sich das Projekt auf Berlin, denn in der deutschen Hauptstadt liegt der Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationshintergrund mit 23 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 19 Prozent. Berlin war in den beiden Jahrzehnten seit dem Fall der Berliner Mauer in besonderer Weise von einer Neuordnung des städtischen Raumes betroffen. Der Wegfall von Subventionen und von Industriearbeitsplätzen führte zu einer massiv ansteigenden Arbeitslosigkeit, die überproportional niedrig qualifizierte Migranten besonders betraf. Vor allem innerstädtische Bezirke, in denen der Migrantenanteil besonders hoch war, erfuhren dadurch eine erhebliche Abwertung, die auch für die Schulen nicht folgenlos blieb. Besserverdienende Bewohner, unter ihnen durchaus auch Menschen mit Migrationshintergrund, verließen diese Bezirke. Dies führte wiederum dazu, dass Schulen in den betreffenden Bezirken nicht selten zu 80 bis 90 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden, deren Familien in mehrfacher Hinsicht sozial benachteiligt sind. Seit den 1990er Jahren wird versucht, für die verschiedenen Handlungsfelder

städtischer Politik Instrumente zu entwickeln, die diesem Segregationsprozess entgegenwirken sollen. Zu nennen ist hier das Bundesprogramm »Soziale Stadt«. Es versucht in mehreren Bezirken mit Hilfe so genannter Quartiersmanagements, Bewohner sozial absteigender Stadtteile zu aktivieren und in die Organisation des eigenen Stadtteils einzubeziehen. Schulen als lokalen Bildungsträgern wird dabei eine besondere Rolle zugewiesen. Das Berliner Bildungsprogramm sowie das Berliner Schulgesetz aus dem Jahr 2004 sehen ausdrücklich die sozialräumliche Öffnung und Vernetzung von Schulen in den Stadtteil vor. Auch das Berliner Integrationskonzept, das im Sommer dieses Jahres in einer erweiterten Fassung vorgestellt wurde, geht explizit von einer integrationsfördernden Wirkung durch das Instrument schulischer Vernetzung mit dem Sozialraum aus.

Der Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Analyse des Übersetzungsprozesses der hier skizzierten Integrationsinstrumente aus der Perspektive der beteiligten Schlüsselakteure: der Schulleiter und Lehrkräfte, der an Projekten der Vernetzung beteiligten zivilgesellschaftlichen und halbstaatlichen Akteure und der Eltern. Die Untersuchung orientiert sich dabei an folgenden Leitfragen:

— Wie nehmen die Akteure die neuen integrationspolitischen Leitlinien wahr? Begreifen sie diese als Handlungschance oder als Zumutung?

- In welchen Kontexten – schulintern und unter Einbeziehung des sozialräumlichen Umfeldes – finden Aushandlungsprozesse über die aus diesen Leitlinien abzuleitenden handlungspraktischen Konsequenzen statt? Wie inklusiv sind diese Prozesse? Wer initiiert sie?
- In welche konkreten Projektideen wird der Vernetzungsauftrag übersetzt?
- Was für ein Integrationsbegriff liegt den beschlossenen Maßnahmen zu Grunde und wo wird er ausgehandelt? Liegt der Akzent auf der strukturellen Integration durch Förderung der berufsvorbereitenden Kompetenzen, auf der sozialen Integration durch Stärkung der Partizipationsbereitschaft bzw. -fähigkeit oder auf der kulturellen Integration durch die Förderung interkultureller Kompetenzen?
- Wie groß ist der Handlungsspielraum bei der Entscheidung für konkrete Handlungsfelder und bei der Auswahl der zivilgesellschaftlichen Akteure, mit denen die Schulen kooperieren? Welche Faktoren bestimmen diesen Handlungsspielraum?
- Wer bestimmt nach welchen Kriterien über den Erfolg von Vernetzungsmaßnahmen?

Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Zum einen will es die Perspektiven der beteiligten Akteure in den Debatten um Schule und Integration sichtbar machen. Zum anderen fragt es nach

den Bedingungen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung von schulischer Integration durch Vernetzung der Schule mit dem sozialräumlichen Umfeld. Dabei soll der Blick sowohl auf akteursabhängige als auch auf prozessabhängige Faktoren gerichtet werden. Damit leistet das Projekt erstens einen Beitrag zu der für die Schulentwicklungsforschung interessanten Frage, welche Faktoren für die innere Entwicklung einzelner Schulen ausschlaggebend sind. Zweitens liegt hier jenseits der wissenschaftlichen Relevanz auch ein Potenzial für die praktische Anwendung und Beratung.